

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1924

131 (11.4.1924) Morgenausgabe

Badische Presse

und
Handels-Zeitung
Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens.

Eigentum und Verlag von
H. v. S. v. S.
Verantwortlich: Dr. Walter Schneider
Redaktion: für badische und lokale
Nachrichten und für den vorläufigen Teil
M. v. S. v. S. für das Feuilleton:
M. v. S. v. S. für Sport und Konzerte:
G. v. S. v. S. für den Handelsteil:
Dr. v. S. v. S. für den Schlußteil u. den
übrigen zeitlichen Inhalt: i. v. S. v. S.
für die Anzeigen: A. v. S. v. S.
alle in Karlsruhe.
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Weiger.
Fernredaktion:
Geschäftsstelle: Nr. 86,
Redaktion: Nr. 309 und 319.
Gesamtdruck:
Zittel- und Sammlungs-Ges. nach
Kaiserstraße und Marktplatz.
Postfach-Konto: Karlsruhe Nr. 8359.

Bezugspreis
in das Haus halbjährlich 1.20 M.
in den Zweimonatsheften ab
April 1.20 M. Durch die Post monat-
lich 2.00 M. auswärts 2.50 M.
Einzelhefte:
Bericht-Nummer 10 Pf.
Sonntag-Nummer 15 Pf.
Bei höherem Gewalt hat der Be-
trag keine Anprüche bei veräußertem
oder nichterhaltenen der Zeitung. —
Abbestellungen können nur jeweils bis
zum 25. auf den folgenden Monats-
heften angenommen werden.
Anzeigenpreise:
Die 1. Spalte 0.25 Goldm.
die 2. Spalte 0.15 Goldm. Stellen-
anzeigen und bestimmte Gelegenheits-
anzeigen 0.14 Goldm. Reklameweise
0.12 Goldm. an 1. Stelle 2. Goldm.
Wiederholung letzterster Rabatt.
Bei Nichterhaltung des Heftes bei
sonstiger Verletzung und Konjunkturen
ander Kraft tritt.

Beilagen: Illustrierte Wochenbeilage „Das Leben im Bild“ / Volk u. Heimat / Radio-Rundschau / Roman-Blatt / Sportblatt / Frauenzeitung / Für Reise u. Wanderung / Haus u. Garten

Nach der Erstattung der Sachverständigen Gutachten.

Die kommenden Beratungen in der Reparationskommission. — Einladung deutscher Vertreter?

P. H. Kreis, 10. April. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Morgen vormittag treten alle Mitglieder der Reparationskommission und der amerikanische Beobachter Logan zu einer ersten offiziellen Erörterung der Vorschläge der Sachverständigen zusammen. Bei dieser Gelegenheit wird entschieden werden, über welche Fragen, die von den Sachverständigen aufgeworfen wurden, die Reparationskommission Beschlüsse fassen soll und welche in den Bereich der alliierten Regierungen fallen. Sodann wird beschlossen werden, ob und wann deutsche Vertreter angehört werden sollen. Es kann bereits jetzt gesagt werden, daß der Beschluß auf Einladung deutscher Delegierter gefaßt werden wird. Das dürfte wahrscheinlich im Verlauf der nächsten Woche geschehen, und dann wird die Reparationskommission den alliierten Regierungen Vorschläge unterbreiten, wie die gegenwärtig in Kraft befindlichen Zahlungsmethoden Deutschlands abgeändert werden sollen.

Der Eindruck in Belgien.

A. Weßel, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Eindruck, den die Sachverständigenberichte hier hervorrufen, scheint nicht so zu sein. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß bei einer Prüfung des Berichtes der Optimismus der belgischen Kreise sich abklingen wird. Es ist daran zu erinnern, daß der belgische Delegierte als einen persönlichen Sieg betrachtete, daß er es vor zwei Monaten durchsetzte, daß der Sitz der Goldbank ins Ausland verlegt werden sollte. Von dieser Maßnahme ist man aber bekanntlich abgekommen und es heißt, daß Franqi darüber lebhaftes Mißvertrauen an den Tag legt.

Englische Hoffnungen und Meinungen.

H. London, 10. April. (Drahtbericht.) Die Morgenblätter beschäftigen sich ausschließlich mit den Sachverständigenberichten. „Times“ sehen eine neue Hoffnung in den Konferenzen und fassen den Eindruck als eine Mahnung für Europa auf, nochmalige Anstrengungen zur Herbeiführung einer günstigen Lösung zu unternehmen. Für alle Staaten liege eine allgemeine Lösung absolut notwendig. Die dringende Notwendigkeit für ganz Europa besteht darin, eine sichtbare und vereinte Anstrengung guten Willens und guten Glaubens zu zeigen, damit diese günstige Gelegenheit eine Lösung zu erzielen, nicht verloren gehe, denn sie werde die letzte sein, um Frieden zu gewinnen. Die „Westminster Gazette“ betont besonders den Zustand der ökonomischen, fiskalischen und wirtschaftlichen Freiheit in England. Es geht eine Hoffnung, so fügt „Westminster Gazette“ auf die Wiederherstellung des budgetären Gleichgewichts in England, solange in den fiskalischen und ökonomischen Rechten der Beschränkungen bestehen. Die Ausbeutung des Weltmarktes und der Versuch, eine besondere ökonomische Einheit des Rheinlandes zu schaffen, müßten sich vermeiden, wenn Reparationen überhaupt erzielt werden sollten. „Daily Telegraph“ meint unter Hinweis auf eine allgemeine Lösung der drei Probleme, nämlich Reparationen, Sicherheit und Schulden, von denen allein die Wiederherstellung Europas zu erwarten sei: Wir hören, mit welcher Berne Macdonald die gute Gelegenheit erwartet hat und, wie wir annehmen, wird der Premierminister rasch die Initiative zum Handeln ergreifen. Die Beurteilung der diplomatischen Lage müssen wir uns für heute vorbehalten, sie muß aber unter Umständen durch die Beseitigung der Hindernisse beseitigt werden.

Eine amerikanische Stimme.

Washington, 10. April. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der amerikanische Staatssekretär für den Handel gab bezüglich der Berichte der Sachverständigen folgende Erklärung ab: Die größte Schranke, welche sich dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands entgegenstellt, war die Tatsache, daß die Reparationsfrage nicht gelöst wurde. Daraus folgte Arbeitslosigkeit, Fortsetzung der Verwüstungen, Beunruhigung in der Finanz- und Anstaltigkeit der Politik. Wenn die Reparationskommission zu einer Lösung gelangt, so wird die ganze Welt daraus Nutzen ziehen. Die Wiederherstellung des Friedens und des Wohlbefindens in Europa, die Vermehrung der Industrieproduktion und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit werden endlich auch dem amerikanischen Volk Nutzen bringen.

Der Vorstoß der Franzosen auf die badischen Häfen

Strasbourg, i. E. 10. April. Wie schon gemeldet worden ist, hat der französische Senat den Gesetzentwurf über den Straßburger Hafen angenommen. In der Verhandlung erklärte der Berichterstatter des Arbeitsausschusses, die Häfen zu arbeiten seien nur im Rahmen noch bedeutender Bauten zum Zweck der Vereinigung des Rheins mit dem Rhein. Diese Bauten würden in zwei Abschnitten ausgeführt, nach deren Vollendung der Straßburger Hafen mit dem Rhein verbunden und den Wettbewerb mit anderen Häfen auch mit Mannheim aufnehmen könne. Der Berichterstatter des Finanzausschusses fügte hinzu: Wenn man zuzulassen, daß der Kehler Hafen den Straßburger überholt, wird wir des Sieges nicht sicher. Senator Milan meinte, der Straßburger Hafen sei beinahe ein Seehafen und könne als Hinterland von Antwerpen angesehen werden.

Eine Osterreise Macdonald's nach Paris?

H. London, 10. April. (Drahtbericht.) Es heißt in unterrichteten Kreisen, daß Ramsay Macdonald anlässlich der Osterferien des Jahres, die am 16. April beginnen, die Gelegenheit wahrnehmen wird, um für einige Tage nach Paris zu reisen. Man rechnet, daß der englische Premierminister eine Zusammenkunft mit dem französischen Premierminister Clemenceau in Paris abhalten wird. Offiziell liegt eine Bestätigung in weiten Kreisen verbreiteten Aufassung noch nicht vor, aber man es für möglich, daß Macdonald eines Tages darüber Mitteilung machen wird.

Hugo Stinnes †.

TU. Berlin, 10. April. Drahtbericht. Hugo Stinnes ist heute abend 8 Uhr 30 Minuten in der Klinik des Professors Bier in der Joachimsthaler-Straße an den Folgen der Operation, der er sich vor einigen Tagen erneut unterziehen mußte, gestorben.

Nach den Landtagswahlen in Bayern.

Dr. Sch. München, 10. April. (Drahtmeldung unseres Berichterstatters.) Der ständige Ausschuss des Bayerischen Landtages befaßte sich heute vormittag mit der Frage der Zusammenfassung der Landtagswahlkreise vom 6. April und vom 4. Mai, d. h. mit der Frage, ob mit dem Zusammenfall des Landtages abgewartet werden solle, bis die Wahlergebnisse aus der Pfalz vorliegen oder ob eine vorläufige Regelung getroffen werden solle, nach der der Landtag schon vorher vorläufig zusammenzutreten kann. Bevor der Vorsitzende Dr. Held dem Regierungsvorsteher dieser Angelegenheit das Wort gegeben hatte, verlas er einen von den bayerischen Abgeordneten Dr. Roth und Dr. Glaser unterzeichneten Bericht des bayerischen Blocks, worin der Zusammenfall des Landtages sofort nach Feststellung des Gesamtergebnisses gefordert wird. Der Ausschuss ging ohne Debatte über das Schreiben zur Tagesordnung über, weil er sich für unzuständig in der Sache hält. Ministerpräsident Zahn unterbreitete dann den Auszug der gemeldeten Vorschläge, von denen der erste mit allen Stimmen gegen die Deutschnationalen und die Kommunisten wie folgt angenommen wurde: „Wenn die Ermittlung des Gesamtergebnisses zurückgestellt werden soll, dann würde das Ministerium des Innern ermächtigt werden, den Landtagswahlleiter anzuweisen, die Feststellungen nach den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes durch den Landeswahlkommissioner erst dann vornehmen zu lassen, wenn die Ergebnisse der Landtagswahlen und des Volksentscheids in der Pfalz vorliegen.“ Da aus der Abstimmung in der Pfalz am 5. Mai sich überschüssige Stimmen ergeben, die mit den ebenfalls überschüssigen Stimmen rechts des Rheins zur Feststellung der Landesparlamenten zusammenzurechnen werden müssen, kann eine Berechnung über die bereits verminderten 79 Abgeordneten hinaus sowie über die sicher noch zum Zuge kommenden Kandidaten vor dem 4. Mai nicht erfolgen. An prominenten bayerischen Abgeordneten sind zu nennen: Bayerische Volkspartei: Geheimrat Held, Dr. Schäffer, Stann, Schlittenbauer; Sozialdemokraten: Auer und Segis; Volklicher Block: Boehner, Roth, Rechtsanwalt Kuh, Graf Treuenberg, Lehrer Strecker aus Nürnberg. Die Deutsche Volkspartei ist bis rechts vom Rhein nicht zum Zuge gekommen, dürfte aber nach dem 4. Mai durch 2-3 Abgeordnete im Landtag vertreten sein.

Die Frage der Regierungsbildung.

TU. München, 10. April. (Drahtbericht.) Die Bayerische Volkspartei lehnt es in einer parteiunabhängigen Verlautbarung ab, von sich aus an die Bildung einer regierungsfähigen Landtagskoalition heranzutreten. Es herrscht jedoch kein Zweifel, daß sie nach den parlamentarischen Wahlen aus ihrem Schlußpunkt herauszutreten und sich an einer Regierungsbildung beteiligen werden. Mit den Deutschnationalen, den Bauernbünd, den Demokraten und einem Nationalliberalen würde die Bayerische Volkspartei auch im neuen Landtag eine schmale Majorität haben. Die Volkspartei einerseits und die Sozialdemokraten und Kommunisten andererseits kommen weder für eine Koalition mit der Bayerischen Volkspartei noch für eine Regierungsbildung ohne sie in Frage.

Die Wahlen in der Pfalz.

W. Spener, 10. April. (Drahtbericht.) Zum Wahlkreisleiter für die Landtagswahlen im Wahlkreis Pfalz ist der stellvertretende Regierungspräsident Regierungsdirektor Stähler in Spener, zum Wahlkreisleiter für die Reichstagswahlen der Erste Bürgermeister von Ludwigshafen Dr. Weich ernannt worden. Da dem Ersten Bürgermeister die Ausübung seines Amtes noch nicht gestattet ist, wird sein Vertreter die Wahlkreisleitung zu übernehmen haben.

Deutsche Volkspartei und Nationalliberale Vereinigung.

TU. Berlin, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: Die Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung veröffentlichten einen Aufruf, in dem sie ihre Freunde auffordern, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen den Nationalliberalen Reichstagswählern zu stehen. Damit bekundet die Nationalliberale Vereinigung vor aller Öffentlichkeit, daß sie ihrerseits einen Trennungsschritt zwischen sich und der Deutschen Volkspartei gezogen hat. Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat darauf der Nationalliberalen Vereinigung folgenden Bescheid des Parteivorstands zugehen lassen: „Nachdem der Parteivorstand und der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei politische Organisationen innerhalb der Partei nur für möglich erklärt haben, soweit die Satzungen dies gestatten, oder die zuständigen Parteinstanzen dies ausdrücklich genehmigen und nachdem die Vertreter der Nationalliberalen Vereinigung in deren Auftrag Verhandlungen zur Schaffung dieser Voraussetzungen ablehnten, so stellt der Parteivorstand auf Grund der ihm vom Zentralvorstand ausdrücklich erteilten Ermächtigung fest, daß die in der Nationalliberalen Vereinigung verbleibenden Mitglieder aus der Deutschen Volkspartei ausscheiden.“

d. Bischoff, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Zwischen dem früheren Kriegsminister Freireca und dem Regierungsbeamten Mantal ist es gestern zur Austragung eines Duells gekommen. Freireca wurde schwer verwundet.

Der englische Marineetat als Barometer der Weltpolitik.

Von Vizeadmiral a. D. Hollweg, Bremen.

Der englische Marineetat für 1924/25 fordert insgesamt 55,8 Mill. £, d. h. 2 Mill. £ weniger als im Vorjahr. An Personal sind 100 500 Mann vorgesehen. 1914/15, im letzten Vorkriegsjahr, bezifferte sich der Etat auf 51,5 Mill. £ und 151 336 Köpfe. Nach Berechnung des ersten Lords der Admiralität entspricht die diesmal geforderte Etatssumme auf Grund der Preiserhöhung auf allen Gebieten nur einem Vorkriegsgeldwert von 34,5 Mill. £. Damit wäre der Zustand von 1903/04 etwa erreicht, ehe England seine gewaltigen Rüstungen gegen Deutschland begann. Um einen, wenn auch anscheinbar Vergleich mit älteren Zeiten zu ziehen, sei erwähnt, daß England nach den napoleonischen Kriegen 1823 sein Flottenpersonal auf 26 000 Köpfe und die Gesamtausgaben für die Flotte auf 5,4 Mill. £ reduzierte. Der diesjährige Etat fordert erste Raten für fünf neue Kreuzer und zwei Zerstörer. Der begonnene Bau von zwei Großkampfschiffen wird fortgesetzt. Von den Dominions wird erwartet, daß sie ihre Seestreitkräfte selbst weiter ausbauen.

Soweit der rein jahresmäßige Ueberblick. Politisch wichtiger ist, daß die Mittelmeerflotte auf Kosten der Atlantikflotte vermindert und modernisiert werden soll. Begründet wird dies damit, daß nach Fortfall der „deutschen Drohung“ die alte traditionelle Politik wieder aufgenommen werden könne, wonach das Mittelmeer das Kraftzentrum der britischen Seemacht ist. Ferner haben Ober- und Unterhaus trotz des Widerspruches Australiens und Neuseelands dem zugestimmt, daß vorläufig wenigstens, auf den Ausbau Singapores zur erstklassigen Flottenbasis verzichtet wird. Die Arbeiterregierung hat das damit begründet, daß sie eine sichtbare friedliche Politik treiben und mit Amerika konform gehen wolle. Der Weltfriede sei nur durch Abrüstung zu sichern. Anerkannt wurde auch, daß sich der Ausbau Singapores wesentlich gegen Japan zu richten scheine, eine Maßnahme, zu der keine Veranlassung vorläge.

Der Bericht auf Singapore ist in Japan zustimmend begrüßt worden. Die Verstärkung der Mittelmeerflotte hat aber bei den Mittelmeerstaaten viel Kommentare ausgelöst. In Frankreich, wo man den Besitz der vollen Seeherrschaft im westlichen Mittelmeer zuebenwacht und den Besitz Tangers als wesentlich für diese Zwecke ansieht, hat man auf Grund der veränderten englischen Seemachtpolitik und im Zusammenhang mit den gerade jetzt beendigten englischen Flottenmanövern in dem französischen Stützpunktsdreieck Toulon-Oran-Bizerta auf die Notwendigkeit einer weiteren Verstärkung der französischen Flotte hingewiesen. Die englische Fachzeitschrift „Naval and Military Record“ schrieb am 19. März 1924: „Ob die neuen englischen Dispositionen politisch weise und strategisch korrekt sind, ist zweifelhaft. Wir mögen es auslegen wie wir wollen, unser Tun muß die Rivalität Frankreichs herausfordern, und es ist mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß die französische Antwort eine Verstärkung der französischen Seestreitkräfte im Kanal sein wird.“ Herr Mussolini wünscht Italien zu einer großen Seemacht zu machen. Am 26. Februar 1924 erklärte er, er halte keine Frage für so wichtig wie die der Marine. „Mein Vorschlag ist deswegen, beharrlich die Schlagfertigkeit der Marine zu erhöhen.“ Der römische Berichterstatter der „Times“ schrieb hierzu: „Mussolinis Erklärung ist bezeichnend für das, was man den Fehlschlag der Flottenaufrüstungskonferenz in Rom nennt. Offenbar sei das italienische Verhalten als Antwort auf die Absicht der Verstärkung der englischen Mittelmeerflotte gedacht.“ Das Regierungsblatt „Messaggero“ erklärte die englischen Flottenveränderungen zum Teil mit Sparmaßstabsrückzügen. Im Mittelmeer sei die Indiensthaltung der Flotte für England billiger, weil Unruhen auf dem Balkan in kommender Zeit unermesslich erscheinen. Der Hauptgrund des italienischen Unbehagens sei aber, daß die englische Mittelmeerflotte zum ersten Mal reichlich mit U-Booten und Flugzeugen ausgestattet sei. Man gewinne den Eindruck, daß man sich am Vorabend eines Flottenwettkampfs in neuer Form im Mittelmeer befinde.

Die englische Seemachtpolitik ist undurchsichtig wie immer. Zunächst macht sie heute aus der Mentalität der Arbeiterregierung und der Welt eine Tugend. Sie ist nicht pazifistisch als Ueberzeugung, sondern sie ist friedlich dem Anschein nach aus rein britischen Gesichtspunkten heraus, weil die derzeitige politische und wirtschaftliche Lage Englands verlangt, daß das Feuer des Krieges in Europa nicht weiter schmäle. Die Gründe für die Verlegung des Schwerpunktes der englischen Seemacht nach dem Mittelmeer sind nicht ganz leicht zu erkennen. An sich besteht die Tatsache, daß das Mittelmeer für den englischen Ueberseehandel, insbesondere auch für die Oelzufuhr aus den englisch kontrollierten Gebieten des Indo-Pazifik überaus wichtig ist. Erhöht ist heute der Lebensnerv jeder Seemacht. Von der Gesamteinfuhr wichtiger Waren in das Reich kommen aus dem Gebiet des Indischen und Stillen Ozeans an 12,9 Prozent, an Jute 9,7 Prozent, Zink 9,6 Prozent, Gummi 9,0 Prozent, Wolle 8,9 Prozent, Hanf 7,7 Prozent, Manganzinn 7,6 Prozent, Zinn 7,1 Prozent, Reis 6,3 Prozent, Del 2,6 Prozent. Der Gesamtwert des englischen Seehandels, Schiffe und Ladungen, in den indischen Gewässern an einem Stichtage ist auf 81 Mill. £ geschätzt worden, auf 50 Mill. £ in den australischen und auf 26 Mill. £ in den chinesischen Gewässern. (Times vom 8. 2. 24.) Die Bedeutung des Mittelmeers als Zufuhrstraße für England kann also gar nicht überschätzt werden. Andererseits steht auf Grund der Kriegserfahrungen aber fest, daß in einem Kriegesfälle, in dem Frankreich oder andere Mittelmeerstaaten England feindselig gegenüberstehen, der Handelsweg durch das Mittelmeer wird aufgegeben werden müssen und daß die Großkampfschiffe der englischen Flotte die U-Boots- und Fliegergefahr dort nicht mehr zu bannen imstande sein werden. Nun besteht zwar die englisch-französische Entente, und ihre Festigkeit wird auch von der Arbeiterregierung täglich betont. Andererseits haben sich aber Beziehungen zwischen Italien und der zu restaurierenden spanischen Seemacht angeknüpft. Wenn sich die Sympathien der italienisch-spanischen Kombinationen zumeigen werden, Frankreich oder England, steht dahin. England bekundet ein auffallend hartes Interesse an dem spanischen Vas Palmas, der gerade in letzter Zeit hart aufgebühten Weltbühnenstation, und den Kap Verdeschen Inseln, die auf englischen Weitehen hin mit modernen Befestigungsanlagen versehen werden sollen. Wägt man alle diese Momente gegeneinander ab, so kommt man zu dem

Wertpapierbörsen.

Mannheimer Börse vom 10. April.

Die Börse zeigte ein freundliches Bild. Es notierten Badische Bank 19 bez. G., Rheinische Hypothekendarf 2,25 G., Badische Anilin 18,50 bez. und G., Bremen-Beigheimer 16,25 G., Rhénania 7 G., Westeregeln 16 G., Ludwigshafener Aktienbrauerei 50 G., Sinner-Grünwinkel 7 G., Frantona 40 G., Benz 4 1/2 G., Dampfkegel Rodberg 4 G., Dingler Maschinen 5 G., Emailierwerke Mailammer 5 G., Gebrüder Fahr 6,25 bez. G., Fuhs Waggon 1,55 G., Germania Linoleum 9 G., Karlsruher Nähmaschinen 29 G., Braun Körner 1,3 G., Badenia Weinheim 1,25 G., Redarumar Fahrzeugwerke 5 G., Pfälz. Mühlen 3,25 G., Pfälz. Nähmaschinen 2,25 bez. G., Salzwert Heilbrunn 60 G., Wapf u. Freitag 3,25 bez. G., Zellstoff Waldhof 8 1/2 G., Zuder Frankenthal 3,25 bez. G., Zuder Waghäusel 3 1/2 bez. G.

Berliner Schluß- und Nachbörsen vom 10. April.

Im weiteren Verlauf der Börse kam noch eine ganze Reihe von Kaufordern heraus, jedoch ließ die Kurse fast auf der ganzen Linie etwas besitzigen. Die Spekulation schritt allmählich zu Versäumnis. Von den Banken waren Berliner Handelsgesellschaft mit 32 und Kommerz und Diskonto mit 1 1/2, Dresdener mit 5/8 etwas fester. Von den Schiffahrtswerten gewannen Deutsch-Norddeutscher Lloyd 1,5, während Hamburg-Süd etwas schwächer lagen (27,5). Im übrigen notierten Elektrische Bergmann 12,8, Konzentrat-Kaufhaus 6,8, Deutsche Kraft 37,5, Getreidewerke B. u. P. 38, Humboldt Maschinen 40, Linde-Hofmann 90, Oberbedarf 16,75, Schallberg 18,125, Kreditanstalt lagen im allgemeinen unverändert, ausländische Renten eher etwas fester.

Dresden vom 10. April. Bukarest 2,935-2,465, Warschau 4,555 bis 4,985, Kattowitz 4,92-5,05, Riga 88,11-89,89, Romal 1,155-1,185, Romo 45,54-46,46, Polen 4,68-4,92, Estland 1,07-1,13, Litauen 41,92-40,08.

Waren und Märkte.

Mannheimer Produktenbörse vom 10. April.

Die etwas freundlichere Tendenz hielt sich auch an der Donnerstag-Produktenbörse und ließ die Preise eine Kleinigkeit weiter ansteigen. Aber auch dies konnte die Käufer nicht zu Einbehalten bewegen, da ihnen einfach die nötigen Geldmittel dazu fehlten. Gefordert wurden für Weizen 19,50-20,50, Roggen 16-16,25, Hafer 15,50-16,50, Mais 20-20,50, alles an Mannheim, für Gerste 20-21 ab Verladung, alles je 100 Kilo. Am Weizenmarkt sollte das französische Weizenmehl, das mit 266 Goldmark in größeren Mengen angeboten war, auf den Markt drücken, aber die süddeutschen Mühlen blieben mit ihrem Weizenmehl Spezial Null zu 28,50, die zweite Hand zu 26,50-27, mit Roggenmehl zu 24,50 bezw. 23 Goldmark je Doppelgenger ab süddeutscher Mühle unverändert im Markt. Auch in Futtermitteln war das Geschäft klein. Verlangt wurden für Weizenkleie 10-10,50, für Malzkeime 12,50, für Bierreber 14,50 ab Lagerplätze bezw. württembergische Stationen. Offiziell lauteten die Preise je 100 Kilo in Rentenmarkt netto Kasse: Inl. Weizen 19,25-19,75, ausl. Weizen 20,25-21, inl. Roggen 16,50, ausl. Roggen 16,50-17, Gerste 21,50-22, Hafer 15,75 bis 16,50, Mais 20,25-20,50, Weizenmehl Spezial Null 27,25-28,25, Roggenmehl 23,50-24,50, Weizenkleie 6-7,50, Luzernekleie 8-9, Preis für 4,50-5, gebundenes Stroh 3,80-5, Weizenkleie 10-10,50, Tendenz ruhig.

Hamburger Warenmarkt vom 10. April.

H. Hamburg, 10. April. (Drüchmeldung unseres Hamburger Vertreters.) Kauffest: Das Inland ist weiter mit Käufen im Markt, doch halten sich diese in engen Grenzen, während am Platz kaum Geschäfte zustande kommen. Santos Superior notierten unverändert 98-101, prima 107-110, extraprima 114-118 sh, loco transitio. Das von Brasilien hier vorliegende Offermaterial verriet keine einheitliche Tendenz. Die Korierungen waren, soweit sie nicht unverändert blieben, 1 sh niedriger, doch kamen Abwärtsläufe auf dieser Basis nicht zustande. Kaffee: Lokomark wurde vom Inlande etwas mehr gefragt, doch litt das Geschäft sehr unter der Geldknappheit. In Java und Arabien wurde verschiedenes gehandelt, England meißerte stetigere Tendenz bei diesen Artikeln. Neue Offerten aus erster Hand wurden dagegen heute nicht bekannt. Preis: Infolge vermehrter Nachfrage des In- und Auslandes konnte das Geschäft reger sein, wenn nicht so mancher Abwärtsdruck auf den niedrigen Geboten schwebte. Die Preise waren unverändert. Von dranhin lauteten die Berichte fest, was in der Hauptsache auf die abnehmende Zufuhr in Burma zurückzuführen sein dürfte. Auslandszucker: Bei geringen Umsätzen war die Tendenz ruhig, aber fest. Tschedisch: Kristall Fein Korn April 29,8, Mai

29,3 sh. Deutscher Exportzucker raffinierte Marke per April stellte sich auf 29,50 Stettin. Schluß: Der Artikel hatte unveränderten Markt. Es notierte amerikanisches 2,75, raffiniertes amerikanisches 2,9, Hamburger 30,25 Dollars. Getreide: Bei abwärtsender Tendenz blieben die Preise nominell unverändert. Das Geschäft ist still. Hülsenfrüchte: Das Geschäft ist nach wie vor minimal. Trochdem behaupteten die Preise auch heute ihren Stand. Futtermittel: Bei kleinen Umsätzen zeigte man für Hafer 9, für Weizen 8,50, für Hafer 4,30, für gebündeltes Weizenheu 5, für Preisstroh 4 Rentenmarkt.

Magdeburger Außennotierungen vom 10. April. Gemahlene Mehl bei Lieferung in 10 Tagen 26-26,50 M., bei Lieferung in 4 Wochen 27 M. (Die Preise verstehen sich bei Bezug von mindestens 200 Zentnern je 50 Kilo.)

Baumwolle, Bremen, 10. April. Schlußkurs: Amerikanische Baumwolle fully middling good colour ed 25 mm (Caple foto 33,96 Dollarcents per engl. Pfund.

Viehmärkte

Mannheimer Kleinviehmarkt vom 10. April. Zum Kleinviehmarkt am Donnerstag betrug der Auftrieb 116 Kälber, 14 Schweine, 1089 Ferkel und Läufer. Bezahlt wurden pro 50 Kilogramm Lebendgewicht in Goldmark: Kälber b 66-70, a 62-66, d 58-62; Schweine a und b 68-68, c 68-70, d 64-66, e 62-64, Sauen 56 bis 62; Ferkel und Läufer 13-35 Goldmark pro Stck. Marktverlauf: Mit Kälbern ruhig, langsam, gekäumt; mit Schweinen mittelmäßig ausverkauft; mit Ferkeln und Läufern mittelmäßig. Der nächste Kleinviehmarkt findet am Mittwoch, den 16. April statt.

Metalle

Berliner Metallmarkt vom 10. April. Elektrolytkupfer 136 1/2, Raffinadepkupfer 125-127, Original-Süßen-Weißblei 0,66-0,68, Original-Süßen-Rohzinn, Preis im freien Verkehr 0,66-0,67, Remettiert, Preis im freien Verkehr 0,66-0,67, Bantankinn, Straßburg, Australzinn in Verkauferswahl 5,15-5,25, Süßenzinn 5-5,70, Reinnickel 2,40-2,50, Antimon Regulus 0,92-0,97, Silber in Barren 94,5-95,5 (1 Kilo).

Banken und Geldwesen.

Ad Kreditgewährung der Reichsbank. Die Reichsbank hat die Kreditgewährung erheblich eingeschränkt. Trotz der anerkannten Kreditnot wird die neue Maßnahme aus Währungsgründen für dringend notwendig erklärt. In der Hauptsache soll Kredit nur noch in Ausnahmefällen gewährt werden, welche die Kredite durch die Ausgabe von Devisen abtragen können. Aus einem diesbezüglichen Schreiben der Reichsbankhauptstelle in Köln teilt der „Deutsche Handelsdienst“ folgendes mit: Größere Kredite können nur gewährt werden, wenn vorher festgestellt worden ist, ob die betreffende Firma Bestände an Devisen oder verlässlichen Wertpapieren unterhalten, deren Verwertung vor der Inanspruchnahme der Reichsbank erwartet werden muß. Finanzwechsel, die bisher vereinzelt noch zugelassen waren, sollen für die Folge gänzlich abgelehnt werden, es dürfen von der Reichsbank nur noch reine Warenwechsel hergenommen werden. Bankbeziehungen und Bankfazette werden abgelehnt, wenn diese, ohne dem Warenumschlag gebührend zu haben, worüber schon die Indossamenten einen gewissen Aufschluß geben, direkt der Reichsbank angeboten werden. Es könnte z. B. ein Fabrikant als Aussteller mit einem Bankfazett seinen Rohstofflieferanten bezahlen, der seinerseits diesen Wechsel an seine Privatverbindung oder die zuständige Reichsbankstelle weitergeben kann. Als längste Laufzeit ist ein Zeitraum von 6-8 Wochen zugelassen, in der Regel werden nur Wechsel von höchstens 22 Tagen angenommen. Finanzwechsel werden nach wie vor nicht angefaßt; das Verbot des Scheckkaufs ist erweitert auf solche im Inland ausgestellte und zahlbare Papiere, die von den Ausstellern direkt an eine Bank giriert sind, oder bei denen die etwaigen Zwischenfirmen offensichtlich nur vorgeschoben sind. Daß Wechsel, deren Anfaß nach vorstehendem nicht zugelassen ist (Bankziehung, sonstige Finanzwechsel, Wechsel mit längerer Laufzeit, als dem zu Grunde liegenden Geschäft entspricht, Mißverhältnis zwischen Wechselbetrag und Vermögen, der Mißverbindung usw.) unter sonst gleichen Umständen auch nicht im Lombard beisehen werden dürfen, ist selbstverständlich. Neue Diskontoforderungen werden im allgemeinen von der Reichsbank vorläufig nicht angenommen.

Ad Aufwertung und Entlohnung von Schuldverschreibungen der Märktlichen Elektrizitätswerke A.-G. in Berlin. Die Verwaltung der Märktlichen Elektrizitätswerke A.-G. erklärt sich für ein Widerruf bereit, sämtliche bisher nicht eingelösten Spar- Schuldverschreibungen von 1913 schon jetzt zurückzahlen und zwar zu einem Goldmarkbetrage, welcher zusätzlich einer angemessenen Verzinsung dem Betrage entspricht, der dem Schuldverschreibungsfähiger nach der Steuernormverordnung vom 14. Februar 1924 einjährlich bei der dieser Verordnung zugehörigen, bis zum Zahlungstage aufgelaufenen Zinsen mit Zinseszinsen erst am 1. Januar 1932 zur Verfügung stehen würde.

Verlängerung der Frist zur Abgabe der Vermögenssteuer-Erklärungen bis 30. April 1924. Das Reichsfinanzministerium hat, wie wir erfahren, dem vor einigen Tagen an es gerichteten Ersuchen der Spitzenverbände der deutschen Industrie um Verlängerung der Frist zur Abgabe der Vermögenssteuer-Erklärungen insofern entgegengekommen, als der Termin zur Abgabe der Vermögenssteuer-Erklärungen nunmehr bis zum 30. April 1924 verlängert worden ist. Die Erhöhung der Einkommensteuervorauszahlungen für Einzel-Ausführer. Wie der Zentralverband des Deutschen Handels mitteilt, hatte das Reichsfinanzministerium die Absicht, für die Einzel- und Ausführgeschäfte vorgegebenen Sätze für die Einkommensteuer zu erhöhen. In einer Besprechung, die im Reichsfinanzministerium unter dem Vorsitz des Herrn Staatssekretärs stattfand, hat trotz der großen Bedenken, die vorgebracht wurden, das Reichsfinanzministerium sich auf den Standpunkt gestellt, mindestens hinsichtlich auf eine Erhöhung der Vorauszahlungsquote für den Einzelhandel nicht verzichten zu können. Es wurde lediglich festgestellt, daß für einzelne Warengruppen die in Aussicht genommene Erhöhung von 1 auf 2 Prozent, resp. von 1/2 auf 1 Prozent im Transit, im Einzelhandel und Freihandelsgebiet nicht in Frage kommen soll, während Warengruppen im übrigen unter diese Ausnahme fallen, soll lediglich Gegenstand weiterer Ausprägungen sein. Gegen die Notwendigkeit, gerade im gegenwärtigen Augenblick die Ausfuhr von weiteren Erleichterungen, auch von steuerlicher Seite her, unbedingt zu schonen, hat das Finanzministerium sich nicht verschließen zu wollen, jedoch damit zu rechnen ist, daß die bisherigen Sätze weiter Geltung behalten werden.

Ad Eine laufende Anleihe in der Schweiz. Der schweizerische Rat hat die Aufnahme einer Anleihe in der Schweiz an der Hypothekendarf genehmigt. Die durch den Staat garantierte Anleihe ist zu 7 Prozent verzinslich und innerhalb 12 Jahren tilgbar. Die Ausgabe erfolgt zu 98 Prozent.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ad Kupferbergbau im bayerischen Bergbau. Wie die Vermittlung der Hagen-Bergbau A.-G. München mitteilt, ergaben in dem Kupferbergwerk in Kupferberg die Aufschlußarbeiten in den letzten Monaten, daß ein 5 Meter mächtiger Kupfergang erschlossen worden wurde, bei dem die Durchschnittsprobe 5 Prozent Kupfer zeigt, während in einer anderen Untersuchungsstelle ein mächtiger Gang in einer Mächtigkeit von 2 Meter erschlossen wurde. Bei der Durchschnittsprobe ergaben sich 14 Prozent Kupfer. Weiter teilt der Geschäftsführer des Konsortiums für die Kupfererhöhung der Bergbau A.-G. Bayernland mit, daß sich bei der Aufschlußarbeiten in Kupferberg bis zu 194 Prozent nachgewiesen läßt, bei einer Mächtigkeit von mindestens 11 Metern.

Ad Einführung dreier deutsch-tschoslowakischer Gütertarife. In München begonnene Verhandlungen zwischen den Vertretern der Reichsvereinsministerien und der tschoslowakischen Staatsregierung, wie der „Konj.“ aus Prag erfährt, in den nächsten Wochen in Prag fortgesetzt werden und nach dem bisherigen Stadium in Sicherheit zum Abschluß gelangen. Durch die neuen Tarifverhandlungen wird eine Erweiterung der Bestimmungen über den deutschen Seefahrtverkehr erfolgen. Die für Waren deutscher Herkunft eingeführten Ausnahmetarife sollen in gewisser Beziehung tschoslowakische Exportwaren in Anwendung gebracht werden, umgekehrt. Mit Inkrafttreten der Vereinbarung ist schon für Juni zu rechnen. Derzeit sehr stark Güterverkehr zwischen Tschoslowakei und Triest dürfte dann sehr stark auf der Landabnahme beruhen.

Ad Erleichterungen bei der Ausfuhr aus Rumänien. Das rumänische Handelsministerium wird demnächst die freie Ausfuhr gegen Zahlung einer Taxe für Wolle, Wollstoffe und Rauchwaren genehmigen. Derzeit ist die Ausfuhr aller Art verboten, durch die die Wirtschaft wesentlich begünstigt wird.

Industrie und Handel.

Ad Industrie-Expeditions-A.G. in München-Gladbach. Die Direktorenverbände der Textilindustrie in München-Gladbach haben unter obigem Namen ein Expeditionsunternehmen errichtet, um die Transpore, die zwischen den Fabrikanten, Großhändlern und Kleinhändlern dieses Industrie- und Handelszweiges erforderlich sind, durch das neugegründete Unternehmen selbst auszuführen, wozu man die Erzielung bedeutender Ersparnisse und eine größere Schnelligkeit der Transpore erwartet.

Ad Otto Wolff-Hummelkonzern. Der Maschinenkonzern der Otto Wolff in Köln ist unter der Führung der Firma de Bries & Co. A.-G. Düsseldorf in ein engeres Verhältnis mit dem Hummel-Konzern in Mainz getreten, wobei jede der beiden Gruppen ihre Selbständigkeit wahrte. Der Hummelkonzern hat die Wertpapierfabrik in Ehrenfeld erworben.

Darmstädter und Nationalbank Kommandit-Gesellschaft auf Aktien Filiale Karlsruhe

Table with multiple columns listing stock prices for various companies and sectors. Includes sections for 'Berliner Börse vom 10. April', 'Deutsche Staatspapiere', 'Eisenbahn-Aktien', 'Schiffahrts-Werte', 'Bank-Aktien', 'Wertbest. Anleihen', 'Ausländische Werte', 'Industrie-Aktien', and 'Kassenschränke S. Gutmann, Mannheim'.

